



# Haftpflicht, Strafbestimmungen, Gebühren und Aufsichtsabgabe, Schlussbestimmungen

Thomas Oswald, Leiter Sektion Elektrizitäts- und Wasserrecht (BFE)





	Bisher	Neu
<u>Rechtsgrundlage:</u>	keine besondere Haftungsnorm für den Betrieb von Stauanlagen; allgemeine Haftungsnorm gemäss Art. 58 OR ( <b>Werkeigentümerhaftung</b> ) ist anwendbar	Art. 13-21 StAG
<u>Geltungsbereich:</u>		Bestimmungen gelten <b>nicht</b> für Stauanlagen, die ausschliesslich dem Schutz vor Naturgefahren dienen (Art. 13 StAG)
<u>Haftungsart:</u>	Scharfe Kausalhaftung	Gefährdungshaftung = noch schärfere Kausalhaftung
<u>Geschädigter muss nachweisen (positive Voraussetzungen):</u>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Schaden (Personen- und/oder Sachschaden)</li><li>• Werkmangel</li><li>• Kausalzusammenhang zwischen Werkmangel und Schaden</li></ul>	<b>Werkmangel muss vom Geschädigten <u>nicht</u> nachgewiesen werden</b> , d.h. Geschädigter muss lediglich den erlittenen Schaden (Personen- und/oder Sachschaden) nachweisen



	Bisher	Neu
<u>Exkulpationsmöglichkeit:</u>	Besteht nicht (d.h. Betreiberin haftet auch dann, wenn sie nachweist, dass, sie kein Verschulden trifft)	
<u>Haftungsausschluss:</u>	<p>Wenn Betreiberin die folgenden negativen Voraussetzungen nachweist:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• höhere Gewalt (Werkmangel muss fremdbestimmt sein und kann nicht mehr dem Werkeigentümer angelastet werden)</li><li>• grobes Selbstverschulden</li><li>• <b>Drittverschulden</b></li></ul>	<p>Wenn die Betreiberin die folgenden negativen Voraussetzungen nachweist (Art. 15 StAG):</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• höhere Gewalt (unvorhersehbares, aussergewöhnliches Ereignis, das mit unabwendbarer Gewalt von aussen hereinbricht)</li><li>• grobes Selbstverschulden</li><li>• <b>Sabotage, Terrorismus</b> oder <i>kriegerische Ereignisse</i></li></ul>



(Neu, Art. 13-21 StAG)

- ist die Betreiberin nicht Eigentümerin der Stauanlage, dann haftet die Eigentümerin mit der Betreiberin **solidarisch** (Art. 14 Abs. 3 StAG)
- bei einem **grösserem Schadenereignis** ordnet der Bundesrat Sachverhaltserhebung an; er fordert mittels einer öffentlichen Bekanntmachung alle Geschädigten auf, den Schaden anzumelden (Art. 17 StAG)
- **auf Bundesebene** wurde auf die **Einführung einer Deckungs-/Versicherungspflicht verzichtet**
- **Kantone können aber** (wie bisher) **vollständige oder teilweise Sicherstellung verlangen** (Art. 18 StAG; Abschluss von Versicherungsverträgen, Bankgarantien etc.)
- spezielle Bestimmungen für **Grossschadenereignis** (insbesondere Entschädigungsordnung, Art. 19 und 20 StAG)
- Kosten für die behördlichen Bemühungen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefährdung können überwältzt werden (Art. 21 StAG)



# Strafbestimmungen

- Art. 13bis Abs. 1 WBPG (**bisher, wird aufgehoben**)
- Art. 30 StAG Verletzung von Sicherheitsvorschriften: (**neu**)
  - „ Mit **Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren** wird bestraft, wer:
    - a. **vorsätzlich** eine **Stauanlage fehlerhaft**, insbesondere unter Ausserachtlassung vorgeschriebener Sicherheitsmassnahmen, **erstellt**;
    - b. eine **Stauanlage**, von der er weiss, dass sie **erhebliche Sicherheitsmängel** aufweist, **weiter betreibt**.

Die Freiheitsstrafe ist mit einer **Geldstrafe** zu verbinden.

Wer **fahrlässig** handelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

- Art. 31 StAG: (**neu**)
  - Strafverfolgung ist **Sache des Bundes** (VStrR ist anwendbar)
  - **Anzeigepflicht der kantonalen Aufsichtsbehörden** in ihrem Verantwortungsbereich (Art. 19 Abs. 2 VStrR)
- Art. 31 StAV: (**neu**)

**BFE** ist verfolgende und urteilende Verwaltungsbehörde  
konkret: Sektion AR/**Dienst Verwaltungsstrafverfahren**



# Aufsichtsabgabe

(Art. 28 StAG, Art. 9a GebV-En)

- mit der jährlichen Aufsichtsabgabe sollen die Aufsichtskosten des BFE gedeckt werden, welche nicht durch Gebühren finanziert werden (Art. 28 StAG)
- abgabepflichtig sind Betreiberinnen von grossen Stauanlagen (Art. 28 Abs. 2 StAG), welche nicht nur der Abwehr von Naturgefahren dienen (Art. 9a Abs. 4 GebV-En)
- Auswertung der Leistungen 2009 und 2010 des BFE im Bereich der Sicherheit der Stauanlagen (Sektion TS):
  - Anteil „gebührenpflichtige Leistungen“: ca. 50%
  - Anteil „nicht verrechenbare Leistungen“: ca. 25%
  - **Anteil „abgabepflichtige Leistungen“: ca. 25%**
- mit der Aufsichtsabgabe zu deckende Kosten hochgerechnet auf SOLL-Bestand (10 Ing. + 2 techn. Sachbearbeiter:  
25% von ca. CHF 2 Mio. = **ca. CHF 500'000**



# Aufsichtsabgabe

(Art. 28 StAG, Art. 9a GebV-En)

- Verteilung auf Betreiberinnen im Verhältnis zur **3. Wurzel des Stauvolumens**
- Jährliche Aufsichtsabgabe pro Anlage beträgt höchstens (Plafonds):

Speicherinhalt	Abgabe (CHF)
weniger als 1 Mio. m <sup>3</sup>	<b>2'000</b>
ab 1 Mio. m <sup>3</sup> , jedoch weniger als 5 Mio. m <sup>3</sup>	<b>4'000</b>
ab 5 Mio. m <sup>3</sup>	<b>13'000</b>



# Gebühren

(Art. 9 GebV-En)

- Die einer Betreiberin in Rechnung gestellten Gebühren errechnen sich aus **den Leistungen, die für die Behandlung der Dossiers Ihrer Stauanlage** erbracht wurden
- der Anteil der Gebühren, der sich auf Bauprojekte bezieht, ist nicht begrenzt
- der Anteil der Gebühren, der sich auf die Aufsicht über den Betrieb bezieht (inklusive die Notfallplanung) beträgt höchstens (Plafonds):

Speicherinhalt	Gebühren für Betriebsaufsicht (CHF)
weniger als 1 Mio. m <sup>3</sup>	7'000
ab 1 Mio. m <sup>3</sup> , jedoch weniger als 5 Mio. m <sup>3</sup>	10'000
ab 5 Mio. m <sup>3</sup>	17'000





# Schlussbestimmungen

- (Wasserbaupolizeigesetz wird aufgehoben; Art. 34 StAG)
- (bisherige Stauanlagenverordnung aus dem Jahre 1998 wird aufgehoben; Art. 32 StAV i.V.m. Anhang)
- Übergangsbestimmungen (Art. 33 StAV):
  - **unter altem Recht erteilte Genehmigungen/Bewilligungen bleiben rechtsgültig** (insbesondere auch betr. Geltungsbereich)
  - Notfallreglement muss der (kantonalen oder eidgenössischen) Aufsichtsbehörde bis Ende 2017 zur Genehmigung eingereicht werden
  - BFE übergibt die Unterlagen der bislang beaufsichtigten kleinen Stauanlagen den Kantonen bis Ende 2014 an die neu zuständigen kantonalen Aufsichtsbehörden